

**15786/J XXVII. GP**

**Eingelangt am 12.07.2023**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Henrike Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen**

**an die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien**

**betreffend Länger Arbeiten für die Republik Österreich?**

In jedem Regierungsprogramm der letzten Jahre hat sich die ÖVP dazu bekannt, Menschen länger im Erwerbsleben halten zu wollen. Wenn es aber darum geht, dass den Worten auch Taten folgen, sieht es schwarz aus, so zuletzt bei der Wiener Zeitung.

Natürlich ist es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, eine Zeitung zu betreiben. Aber die Bundesregierung hat sich entschieden, nach dem Ende der Printausgabe der Wiener Zeitung mit einem Teil des Mitarbeiterstabes ein Onlineprodukt fortzuführen. Dem Vernehmen nach sind ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wiener Zeitung bezahlerweise auf die Straße gesetzt worden, anstatt diese - wenn sie schon bezahlt werden - beim neuen online Produkt der Wiener Zeitung mitarbeiten zu lassen. So praktiziert die Regierung das Gegenteil dessen, was sie angekündigt hat, nämlich Menschen länger im Erwerbsleben zu halten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **Anfrage:**

1. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatte die Wiener Zeitung am 01.01.2023?
  - a. Wie viele davon waren mit 01.07.2023 noch für die Wiener Zeitung aktiv tätig?
  - b. Mit wie vielen davon wurde im Laufe des ersten Kalenderhalbjahres eine einvernehmliche Lösung vereinbart?
  - c. Wie viele davon erhielten im ersten Halbjahr 2023 eine Dienstgeberkündigung?
  - d. Wie viele davon haben ihr Dienstverhältnis im ersten Halbjahr 2023 selbst gekündigt?
  - e. Wie viele davon sind nach dem Ende der Printausgabe dienstfrei gestellt?

2. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über 50 Jahre hatte die Wiener Zeitung am 01.01.2023?

- a. Wie viele davon waren mit 01.07.2023 noch für die Wiener Zeitung aktiv tätig?
- b. Mit wie vielen davon wurde im Laufe des ersten Kalenderhalbjahres eine einvernehmliche Lösung vereinbart?
- c. Wie viele davon erhielten im ersten Halbjahr 2023 eine Dienstgeberkündigung?
- d. Wie viele davon haben ihr Dienstverhältnis im ersten Halbjahr 2023 selbst gekündigt?
- e. Wie viele davon sind nach dem Ende der Printausgabe dienstfrei gestellt?